

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

36. Jahrgang / 153

14. August 1981

Paul Leo Giani MdL, Landes-
geschäftsführer der SPD in
Hessen, über die Union und
die Grünen in Hessen.

Seite 1-3

Renate Schmidt MdB spricht
sich gegen das Ehegatten-
Splitting aus.

Seite 4/5

Gert Welskirchen MdB stellt
die Erfolge bildungspoli-
tischer Modellversuche vor.

Seite 6/7

Heinz Menzel MdB fordert
mehr Mittel für den Berg-
arbeiter-Wohnungsbau.

Seite 8

Geschlossen gegen zwei Fronten

Die hessischen Sozialdemokraten ein Jahr vor der nächsten
Landtagswahl

Von Paul Leo Giani MdL
Geschäftsführer des SPD-Landesverbandes Hessen und der
hessischen SPD-Landtagsfraktion

In diesen Tagen geht in Hessen die Sommerpause des Parla-
ments zu Ende, und damit beginnt der count-down für die
Landtagswahl 1982. Anlaß genug, die Vorbereitungen der
Gegner zu werten und die Situation der SPD zwölf Monate
vor Beginn der Wahlkampf-Schlußphase darzustellen; denn
das Land wird über seine Grenzen hinaus genauso wie bei
der letzten Wahl im Jahre 1978 auch diesmal mehr und mehr
die Schlagzeilen bestimmen.

Die personelle Ausgangslage verändert sich offenbar nicht.
Dem SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Hol-
ger Börner will wieder Alfred Dregger entgentreten,
nach wie vor Rechtsaußen der Union und ununterbrochener
Verlierer gegen die sozialdemokratischen Spitzenkandida-
ten seit 1969. Die Tatsache, daß Dregger alle vom Kohl-
Flügel ihm unterbreiteten "Stellenanhebungen" (EG-Kom-
missar in Brüssel und Bundestagsvizepräsident) ausge-
schlagen und sich erneut für die Anti-Börner-Kandidatur
entschieden hat, macht einige Fakten wieder einmal deut-
lich, die in Hessen bereits in Vergessenheit zu geraten
drohen:

- die CDU steht noch immer hinter dem rechtskonservati-
ven Kurs ihres Landesvorsitzenden;
- trotz Schalmeienklängen gegenüber den Freien Demokraten,
die an heuchlerischer Süße gewiß noch zunehmen werden,
bedeutet das in Fragen der Rechts-, Sicherheits- und Bil-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1



dungspolitik für den Wahlkampf die Fortsetzung des "Glaubenskrieges" gegen Liberalität und geistige Unabhängigkeit;

- Walter Wallmann, der bei den letzten Kommunalwahlen erfolgreiche Frankfurter Oberbürgermeister und Stellvertreter Dreggers im Landesvorstand hält sich bedeckt, offenbar ganz froh darüber, daß er sich dem Risiko einer Kandidatur gegen den bei der hessischen Bevölkerung in hohem Ansehen stehenden Ministerpräsidenten nicht aussetzen muß. Denn eine Niederlage würde sowohl den Frankfurter Wahlsieg-Lack abblättern, als auch die Wünsche für höhere Ämter als unrealistisch erscheinen lassen. Wallmann kommt aber auch vorerst daran vorbei, nach Jahren scheinbar liberaler Zungenschläge in einer harten Wahlkampf-Auseinandersetzung wieder jene orthodox konservative Haltung zu zeigen, die ihn in Hessen an die Seite Dreggers führte. Wallmann war es, der Ende der 60er Jahre Georg-August Zinn so beleidigend in Fragen der Rechts- und Sicherheitspolitik attackierte, daß sogar Alfred Dregger sich distanzierte.

Ein weiterer Punkt: Interessengleichheit zwischen CDU und Grünen

Letztlich bleibt es müßig, darüber zu spekulieren, ob Dregger oder Wallmann kandidieren. Aber alarmierend ist, wie ungeniert die CDU in Hessen auf die Interessengleichheit zwischen ihr und den Grünen hinweist. Natürlich kennt auch die CDU das vertrauliche Strategiepapier der Grünen zum Volksbegehren gegen den Flughafenausbau in Hessen, in dem unverhohlen zum Ausdruck kommt, daß das Volksbegehren eigentlich in erster Linie Instrument für ganz andere Ziele sein soll. Aus der Mobilisierung für ein Volksbegehren soll die Infrastruktur für eine neue Partei geschaffen werden, die sich mit Erfolg an den Landtagswahlen 1982 beteiligen könnte. Dregger hofft auf Erfolg in diesem Zweifronten-Wahlkampf gegen die SPD, und jeder Sozialdemokrat, der das Volksbegehren - aus welchen Gründen auch immer - unterstützt, muß wissen, daß er damit objektiv Alfred Dreggers Strategie, an die Macht zu gelangen, entgegenkommt.



Schon heute melden sich in unserem Land mehr und mehr Scharfmacher zu Wort. Gegen führende Sozialdemokraten nimmt die Hetze zu. Die gleichen Gruppen schrecken vor der Aufforderung zu Gewalt gegen die Verwirklichung demokratisch zustandegekommener Entscheidungen auf, und in der Bevölkerung wachsen Befürchtungen, daß aus scharfmacherischen Worten gegen Personen leicht Untaten gegen den Rechtsstaat werden können.

Innerparteiliche Geschlossenheit unerlässlich

Seit 1946 haben die Bürger Hessens immer wieder Vertrauen in die politische Kraft der SPD investiert. Die Entwicklung zur Volkspartei hat aus diesem Land wesentliche Impulse empfangen. Wie sie sich 1982 entscheiden werden, wird deshalb davon abhängen, ob die Signale des Landesparteitages vom Juni als Motor und Richtschnur für den Wahlkampf übernommen werden: Verantwortung für Hessen, offen diskutieren, aber geschlossen handeln!

Insbesondere an alle Funktionsträger in der SPD werden deshalb in diesen Wochen hohe Anforderungen gestellt, was politisches Fingerspitzengefühl und innerparteiliche Solidarität angeht. Es ist ein Problem, daß es in der SPD nach wie vor Menschen gibt, die meinen, "ihre Wahrheit" absolut als die einzig richtige Wahrheit setzen zu können und dabei auch der Gefahr unterliegen, Fraktionen sogar in Vorständen zu bilden. Die CDU und die Grünen warten nur auf solche Entwicklungen! Beide haben gemeinsam das Ziel, Berliner Verhältnisse auf Hessen zu übertragen. Das jedoch würde bedeuten, daß die Union eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat erhält und damit ihrem Hauptziel sehr nah gekommen wäre: Die Sozialdemokraten aus der bundespolitischen Verantwortung zu drängen. Und so wird, genauso wie schon 1978, die Landtagswahl in Hessen auch zu einem Bonner Termin. (-/14.8.1981/bgy/va)

+ + +



Soziale Nachteile Überwiegen

Zur Kritik am Ehegatten-Splitting

Von Renate Schmidt MdB

Mitglied im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit des Bundestages

Es mutet einen schon merkwürdig an: Da wird heftigst über staatliche Transferleistungen diskutiert, werden angebliche und maßgebliche Mißbräuche angeprangert, ja sogar die Schlachtung sogenannter "heiliger Kühe" angekündigt. Dessen ungeachtet bleibt eine Regelung fast unangetastet, die wahrlich Grund zur handfesten Kritik bietet: gemeint ist das sogenannte Ehegatten-Splitting.

Verdeutlichen wir uns die Kritik an zwei Beispielen: das Ehegatten-Splitting ist Bestandteil des Familienlastenausgleichs, der sich aus dem Splittingvorteil, Kindergeld, Kinderbetreuungsbetrag und Ausbildungsfreibetrag zusammensetzt.

Familie eins hat ein Jahreseinkommen (Alleinverdiener) von 260.000 DM, zwei Kinder unter 18 Jahren, ein Kind über 18 Jahre in Ausbildung. Für diese Familie ergibt sich eine Lastenausgleichssumme von 1.938 DM, der Splittingvorteil liegt bei 1.236 DM.

Familie zwei, bei gleichen familiären Verhältnissen und einem monatlichen Einkommen von 2.000 DM kann einen Lastenausgleich von 1.189 DM verbunden, bei einem Splittingvorteil von 103 DM. Diese Familie erhält allerdings im Gesamtbetrag 660 DM BafÖG. Wer diese Zahlen kritisch unter die Lupe nimmt, dem fallen schon eine Menge Kritikpunkte ein.

Kritik am Splitting ist übrigens nicht neu. Die Enquete-Kommission "Frau und Gesellschaft" hat bereits im August 1980 massive Bedenken geltend gemacht. Zu fordern ist eine gründliche Reform des Splittings in die folgende Richtung:

1. Die steuerlichen Vorteile sind in der ersten Stufe zu begrenzen. Dabei ist eine "sanfte" Reduzierung auf 800 DM pro Ehepaar mit rund 500 DM ohne Kinder eine Kompromißlösung. Diese Grenzen würden bei einem Einkommen zwischen 4.800 bis 6.000 DM greifen.



2. Der Kinderbetreuungsbetrag ist ersatzlos zu streichen, da er eindeutig Alleinerziehende benachteiligt. Die Mindestforderung liegt bei einer Absetzbarkeit von 600 DM pro Kind und nicht wie bisher pro Kind und Elternteil.
3. Der Ausbildungsfreibetrag wird begrenzt: für Kinder unter 18 Jahren auf 50 DM monatlich, für Kinder über 18 Jahren 75 DM, soweit sie außer Haus in Ausbildung sind auf 100 DM.

Der Zweifel der politischen Durchsetzbarkeit nagt allerdings an allen diesen Vorschlägen. Nur, langfristig, und diese Perspektive scheint doch wohl gefragt, kann nur die Durchforstung des Splittings ein "Mehr" von Gerechtigkeit in schwierigen haushaltspolitischen Zeiten schaffen.

Nun wird häufig argumentiert, daß das Ehegatten-Splitting eine der wenigen sozialen Vergünstigungen für nicht berufstätige Frauen darstellt. Ein wenig schlüssiges Argument, wenn man sich vor Augen führt

- die kostenlose Krankenversicherung im Rahmen der Sozialversicherung und Beihilfen im Rahmen der Beamtenfürsorge;
- und die kostenlose Hinterbliebenenversorgung im Rahmen der Sozialversicherung und im Rahmen der Beamtenversorgung.

Mit den hier vorgestellten Lösungsansätzen bleiben die Vorteile für untere Einkommenschichten erhalten, während Großverdiener nicht weiter aus dem "nicht mehr so vollen" schöpfen können. Die beschriebene Neuregelung des Ehegatten-Splittings gleicht nach der abgeschlossenen Haushaltsdiskussion einer verpaßten Gelegenheit. Die Entscheidungen um den Haushalt '82 hätten die große Chance geboten, diesen Mißbrauch zu beseitigen. Eine Haushaltskonsolidierung, die Reformcharakter gehabt hätte,

(-/14.8.1981/va-he/va)

+

+

+



Bildungspolitische Modelle**Tests für notwendige Reformen**

Von Gert Weiskirchen MdB

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Ein Blick auf die Entwicklung unseres Bildungswesens zeigt: Modelle waren stets Motor einer Bewegung auf bessere Lösungen zu größerer Chancengleichheit hin. Das galt im 19. Jahrhundert, als die Schule in langem Ringen sich aus klerikaler rückwärtsgerichteter Bevormundung befreite. Das gilt auch heute: ein Jahrzehnt sozialer Modellversuche, das ist ein Jahrzehnt erfolgreicher Bildungsreform. Herzstück bleibt die ständige Mühe darum, Chancengleichheit zu verwirklichen.

Zu Beginn der Übereinkunft von Bund und Ländern auf der Grundlage der "Rahmenvereinbarungen zur koordinierten Vorbereitung, Durchführung und wissenschaftlichen Begleitung von Modellversuchen im Bildungswesen" vom 7. Mai 1971 war es eine der Hauptaufgaben, die Gesamtschule als die der demokratischen Gesellschaft angemessene Schulform auf ihre Möglichkeiten und Bedingungen hin zu erproben. Diese Aufgabe ist weitgehend erfüllt. Die positiven Wirkungen der Gesamtschule werden nur noch von Wenigen in Frage gestellt. Die Modellpolitik hat der bildungspolitischen Landschaft viele weitergehende pädagogische Neuerungen beschert - weit über die Schule hinaus - in die außerschulische und die berufliche Bildung. So sind Schwerpunkte für die Modellversuche zum Beispiel:

- Verbesserung des Übergangs von Kindergärten in die Grundschule;
- Inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung der Hauptschulen;
- Ausbau von Schul-, Studien- und Berufsberatung in Zusammenarbeit zwischen Bedarfseinrichtungen und Arbeitsverwaltung;
- Früherkennung von Behinderungen und frühe Förderung der Behinderten;
- Förderung und Integrationsangebote von Ausländerkindern, besonders im Hinblick auf die Sicherung von qualifizierten Abschlüssen;
- besondere Förderung von Mädchen und Frauen;
- Förderung der musisch-kulturellen Bildung;
- Entwicklung und Förderung von Ganztagsangeboten;
- Entwicklung von neuen Studieninhalten;
- Entwicklung vielfältiger Weiterbildungsangebote.



Immer mehr ausgewertete Modellversuche liegen inzwischen vor und sind wichtige Entscheidungshilfen für die Bildungspolitik. Den wissenschaftlichen Begleituntersuchungen kommt eine besondere Bedeutung zu. Jeder Bürger hat außerdem vor Ort die Möglichkeit, durch Modellversuche konkret zu sehen, was man an Bildung und Erziehung besser machen kann. Auch im Bundeshaushalt 1982 muß den Modellvorhaben ein angemessener finanzieller Rahmen bereitgestellt werden, damit

- für die Mädchen Chancengleichheit auch praktisch verwirklicht werden kann,
- der entscheidende Beitrag der Beruflichen Bildung zur Steigerung von Fähigkeiten im Übergang zur Arbeitswelt verstanden wird,
- sich die Startbedingungen unserer ausländischen Jugendlichen entscheidend verbessern,
- Behinderung, seien sie angeboren oder durch Unfall und Krankheit entstanden, durch bildungspolitische Maßnahmen gemildert werden.

Eine Konzentration der Haushaltsmittel auf diese Schwerpunkte ist gesellschaftlich geboten und bildungspolitisch erwünscht. Wer also das Bildungswesen weiterentwickeln will, braucht das Instrument der Modellvorhaben, Modellversuche sind ein Beispiel für die Leistungsfähigkeit des kooperativen Förderalismus in der Bildungspolitik. Das zeigt: Bund und Länder können zusammenarbeiten, im Interesse unserer Jugend.

Ein Hinweis noch: Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktionen von SPD und FDP zu "Modellversuchen im Bildungswesen" liegt inzwischen vor. Sie gibt ausführliche Informationen über die zahlreichen positiven Erfahrungen auf dem Sektor der bildungspolitisch orientierten Modellversuche. (-/14.8.1981/hi/va)

+ + +



Den Bergarbeiterwohnungsbau voranbringen

Die Belegschaften brauchen angemessenen Wohnraum

Von Heinz Menzel MdB

Die Bundesregierung bereitet die Dritte Energiefortschreibung vor. In die Überlegungen über die Energiefortschreibung, in der sicher wieder der "Vorrang der Kohle" bekundet wird, wird die Regierung auch die Frage einbeziehen müssen, welche Konsequenzen sich für die Belegschaftspolitik im Bergbau aus dem "Kohlevorrang" ergeben.

Der deutsche Steinkohlebergbau ist heute in der Lage, circa 76 Millionen Tonnen Kohle zu fördern. Ziel des Bergbaus ist es, die Förderung mittelfristig aufzustocken. Allerdings ist dabei zu bedenken, daß schon die jetzige Förderung nur unter äußerster Beanspruchung der Belegschaft aufrechterhalten werden kann und eine Erhöhung der Kapazitäten besondere beschäftigungspolitische Aktivitäten verlangt. Rund 10.000 Bergleute müßten, um die Förderung aufzustocken, was sicher aus energiepolitischen Gründen notwendig ist, im Bergbau neu eingestellt werden.

Diese Zahl erhöht sich noch wesentlich dadurch, daß in den nächsten zehn Jahren ein Drittel der Untertagebelegschaft aus Altersgründen ausscheidet und aus diesem Grunde ersetzt werden muß. Dazu kommt, daß der Bergbau infolge der Erschöpfung der Vorräte eine regionale Veränderung erfährt, das heißt, daß die Abbaugelände und Anlagen sich immer weiter nach Norden verlagern und die Belegschaft zwangsläufig diesem Trend folgt.

Deshalb wird es nötig sein, für diese Menschen im Fördergebiet ausreichend Wohnraum zu schaffen. Ohne eine attraktive Beschäftigungspolitik, und dazu gehört auch die Bereitstellung moderner, preisgünstiger Wohnungen, bei deren Ausstattung die Probleme, die durch Schichtarbeit für das Familienleben entstehen, berücksichtigt sind, wird die Belegschaft nicht zu halten und erst recht nicht im erforderlichen Umfang aufzustocken sein. Zur Versorgung der Bergbaubeschäftigten fehlen schon jetzt Wohnungen. Dieser Mangel wird auch ohne Aufstockung der Belegschaft noch verstärkt, da die ausscheidenden Belegschaftsmitglieder das Wohnrecht in ihren Wohnungen behalten, für die Bergarbeiter also, die deren Arbeitsplatz einnehmen, neue Wohnungen geschaffen werden müssen. Dazu kommt, daß die Wohnungen im südlichen Bergbaugelände, die dem Bergbau zur Versorgung seiner Belegschaft zur Verfügung stehen, wegen ihrer Lage zur Versorgung der Belegschaft nicht eher genutzt werden können. Für sie muß Ersatz in den neuen Fördergebieten geschaffen werden.

Die SPD-Fraktion trug diesen strukturellen und beschäftigungspolitischen Problemen Rechnung und forderte, in den nächsten drei Jahren zusätzlich 1.000 Wohneinheiten im Rahmen des Bergarbeiterwohnungsbaus zu errichten.

Im Kabinettsbeschuß vom 27. Mai 1981 hat die Bundesregierung diese Forderung leider nicht erfüllt. Wenn es nicht gelingt, die materiellen Voraussetzungen für die Errichtung der erforderlichen Wohnungen auf anderem Wege als dem von der SPD-Bundestagsfraktion vorgeschlagenen zu schaffen, wird die jetzige Kohleförderung nicht zu halten, geschweige denn, die mittelfristig gesteckten Förderziele zu erreichen sein.

Wer die heimische Kohle als dringend notwendige Energiequelle zur Aufrechterhaltung der Energieversorgung anerkennt und ihr in der Energieversorgung Vorrang einräumt, der muß eine Belegschaftspolitik betreiben, die für die jungen Menschen attraktiv genug ist, sich dem Bergbau zuzuwenden. Zu einer solchen Belegschaftspolitik gehört das ausreichende Angebot moderner, preisgünstiger Wohnungen.

Das alles läßt sich in der Formel vereinfacht darstellen: Ohne genügend Wohnungen keine leistungsfähige Belegschaft, ohne diese Belegschaft keine entsprechende Förderung und damit nicht im erforderlichen Umfang Kohle, um eine sichere Energieversorgung zu garantieren.

+ + +

